

IM PARLAMENT

- am 9. Juli 2003 - haben alle österreichischen Abgeordneten dem Beitritt der Tschechei, Sloweniens und Polens in die EU zugestimmt. EINSTIMMIG. Nicht ein oder eine Abgeordnete hat dagegen gestimmt, sich der Stimme enthalten oder den Saal verlassen.

Nicht einer.

Bei der Ratifizierung im Dezember 2003 stimmte das österreichische Parlament – mit ZWEI GEGENSTIMMEN aus der FPÖ, die selbst FPÖ Nationalratspräsident Thomas Prinzhorn nicht ernst nahm und zunächst euphorisch die Einstimmigkeit feststellte, ehe er sich unter allgemeinem Gelächter korrigierte – der Osterweiterung, inklusive der Tschechei mit ihren verbrecherischen Benes-Dekreten und dem Atomkraftwerk Temelin, Sloweniens mit seinen, nach wie vor in Kraft befindlichen, AVNOJ-Vertreibungs- und Entrechtungsbeschlüssen und Polen, das immer noch die deutschen Ostgebiete „verwaltet“ und die Deutschen entrechtet und ausgewiesen hat, zu.

Nur zwei Abgeordnete hatten den Charakter und den Mut, gegen diese – laut allen Meinungsumfragen – von der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung abgelehnte Osterweiterung zu stimmen. Das sind:

**Abg. Barbara Rosenkranz (FPÖ), Niederösterreich
Abg. Klaus Wittauer (FPÖ), Tirol**

Das ist immerhin erwähnenswert, denn die anderen Vertreter in unserem Parlament haben sich kalt-schnäuzig über Menschen- und Völkerrecht hinweggesetzt.

ALLE ANDEREN Abgeordneten von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN haben für die Osterweiterung und für den Beitritt z. B. der Tschechei, mit ihren noch immer gültigen Benes-Dekreten, gestimmt. **ALLE**:

Das muß man sich deshalb gut merken, weil sich alle diese Ja-Sager auf irgend etwas herausreden werden, wenn die Folgen dieser schrecklichen Entscheidung selbst für die Dümmden sichtbar sein werden.

Bisher konnten die Verantwortlichen für unseren EU-Beitritt und die Einführung des TEURO auf die 66 % der Österreicher verweisen, die für die EU gestimmt hatten und die mit Lügen aller Art dazu verführt worden sind.

Bei dieser Abstimmung wurde das Volk nicht mehr gefragt, weil man genau wußte, daß sich niemand ein zweites Mal so belügen läßt.

Daher tragen allein die Abgeordneten der ÖVP, FPÖ, SPÖ und der GRÜNEN die volle Verantwortung für die Folgen, und keine Ausrede gilt.

Eine wirtschaftliche Katastrophe zuerst der Grenzregionen, ein massiver Anstieg der Kriminalität, eine weitere Verarmung der Bevölkerung, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit, ein furchtbarer Transitverkehr usw. usw. werden die unausweichlichen Folgen sein.

Und noch einmal und in aller Deutlichkeit: Die volle Verantwortung tragen die Abgeordneten aller Parteien – mit Ausnahme von zwei FPÖ-Abgeordneten.

Und:

EU = EUROPAS UNGLÜCK

Medieninhaber und Hersteller: Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP),
9020 Klagenfurt, Berthold Schwarz Straße 33.
HELFEN SIE UNS BITTE BEI DER VERBREITUNG DIESES FLUGBLATTES. Wir senden
Ihnen gerne kostenlose Exemplare zu. Alle Zuschriften an KOMMENTARE ZUM ZEIT-
GESCHEHEN, Postfach 543, 1171 Wien.

